

Nicht mehr alles gefallen lassen!

Man merkt, trotz Corona kommt der Kommunalwahlkampf in Fahrt.

Es wäre gut, wenn viele Bürgerinnen und Bürger sich dabei einmischen. Auch mit einer Maske auf dem Gesicht kann man seine Meinung sagen!

In den Zeitungen jetzt erste Berichte. Sie wären unabhängig, sagen die Freien Wähler. Solche Sätze hört man oft, wenn eine neue Gruppe antritt. Auf Anhieb bekamen sie damals 22,8% der abgegebenen Stimmen. Die Gründe vielfältig. Die damals „regierenden“ Parlamentsparteien waren nicht mehr so gut angesehen. Da gab es eine Lücke. Die AfD trat 2016 bei der Kommunalwahl in unserer Stadt nicht an - aber gut die Hälfte ihrer Stimmen bekamen sie von Leuten, die für den Kreistag die AfD ankreuzten.

Die Freien Wähler waren damals ziemlich hochnäsiger: „Aus unserer Sicht ist es einfach unglaublich, wie man eine Gemeinde mit derart guten Bedingungen an die Wand fahren kann. Wir, die Freien Wähler, werden diesem Wahnsinn ein Ende bereiten!“

Ihr Spitzenmann Burkhard Ziegler vor der Wahl: „Die Stelle des Ersten Stadtrats ist ersatzlos zu streichen!“ Nach der Wahl: „Ich bin bereit, den Posten

des Ersten Stadtrats zu übernehmen!“ Das will er jetzt wieder. Er sitzt an der „Futterkrippe“ und will halt bleiben. Man könnte abwinken und sagen: Bei einer Lotterie und vor Wahlen versprechen viele den Hauptgewinn, ob Nieten gezogen wurden, stellt sich meist später heraus.

Die erste Großinitiative der Freien Wähler nach der Wahl: „Die Flughafen-Banner müssen weg!“ Unterstützt wurden sie damals von SPD, CDU, FDP. „Wir wollen auf den Flughafenbetreiber zugehen und neues Vertrauen gewinnen...“, forderten die Freien Wähler. Gedacht war, man hängt alle Schilder ab, dann kommt das große Geld und die Aufträge vom Flughafen.

Wer sich an den Werbeagentur-Aufwand erinnert, den sich die FW-Leute „leisteten“ und sieht, was daraus geworden ist, kann sich nur wundern. Einen Bänker im Amt, das er eigentlich abschaffen wollte.

Die üblichen Steuer- und Gebührenerhöhungen, unbeantwortete Fragen beim Kläranlagenumbau, Zubauen von Freiflächen, alles wie bei den anderen.

Die Freien Wähler sind eine bürgerliche Gruppe mit Leuten, wie wir sie auch bei FDP, CDU und SPD finden.

Die „kleinen Leute“ haben nichts von ihnen zu erwarten.

Wie weiter?

Wieder

Kommunalwahl und wieder viele Zukunftsfragen.

Wir sagen:

Werden Sie aktiv!

Lassen Sie sich nicht mehr alles gefallen!

Die 600. Ausgabe

Der „blickpunkt“ gehört zu Mörfelden-Walldorf und zum „blickpunkt“ gehört die DKP. Sie ist Teil der DKP/Linke Liste, die bei der Kommunalwahl 2016 in Mörfelden-Walldorf 13,8 Prozent der Wählerstimmen erhielt. Die Wahlbeteiligung lag bei 42,6 Prozent.

Die DKP/LL hat 6 Mandate in der Stadtverordnetenversammlung und einen ehrenamtlichen Stadtrat.

Auf unserer Webseite kann man alle „blickpunkt“-Ausgaben seit 1969 lesen. Was für eine Möglichkeit sich mit der Stadtgeschichte vertraut zu machen!

Man spürt bei vielen Themen, warum es in unserer Stadt immer auch eine „Linke Grundauffassung“ gibt.

Vielen Bürgerinnen und Bürgern ist das wichtig. Wir merken es an den Spenden, die wir erhalten und der Zustimmung bei der Kommunalwahl. Gute Ergebnisse für die DKP/LL sind für die Arbeiter und Angestellten und ihre Familien wichtig. Der „blickpunkt“ nimmt ihre Forderungen nämlich auf und gibt ihnen Gewicht. Es werden „Anträge“ und „Anfragen“ für das Stadtparlament.

So sitzt der „blickpunkt“ immer auch mit in der Stadtverordnetenversammlung.

Wir wollen, dass die DKP/LL bei der Wahl im März 2021 wieder ein gutes Ergebnis erreicht.

Wenn es viele Mandate für die DKP/LL gibt, wird es leichter sein, auch weiter den „blickpunkt“ herauszugeben.

Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

Die hohen Belastungen nicht akzeptieren

Kosten der Kläranlage steigen - Bürgermeister gibt auf

Aus einer Presseinformation
DKP/LL-Fraktion

Die Spatzen pfeifen es von allen Dächern: Die Kosten für die Erneuerung und Erweiterung der Mörfelder Kläranlage haben sich zuletzt extrem erhöht - auf über 50 Millionen - und das ist vermutlich noch nicht das Ende der Kostenlawine.

Vor der Stadtverordnetenversammlung, die über den Widerspruch des Bürgermeisters gegen Aufträge mit einem Volumen von über 15 Millionen Euro zu entscheiden hatte, machten wir Thomas Winkler auf die Möglichkeit der Beanstandung aufmerksam: „Nach § 63 (2) der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) haben Sie das Recht, den erneuten Vergabebeschluss zu beanstanden. Diese Beanstandung hat abermals aufschiebende Wirkung. Gründe für eine Beanstandung gibt es genug. Zum Beispiel die Tatsache, dass der Bauausschuss die Vergaben in nichtöffentlicher Sitzung beschlossen hat, bevor ein Antrag, einen Vergabestopp zu erlassen, überhaupt beraten worden war. Oder die Tatsache, dass die Betriebskommission der Stadtwerke nicht satzungsgemäß besetzt war, als sie den Ausschreibungen und Auftragsvergaben zustimmte. Den erneuten Aufschub kann nur das Verwaltungsgericht aufheben.“

Wir haben dringend zur Beanstandung geraten und darauf hingewiesen, dass der Bürgermeister darüber hinaus auch dem Ersten Stadtrat die Verantwortung für die Stadtwerke entziehen und die Kläranlage zur „Chefsache“ machen könnte. „Das wäre - neben dem Bestehen auf die Nachwahl zur Betriebskommission - ein klares Signal gegen die Pläne der Ziegler-Koalition.“

Die Stadtverordnetenversammlung hat - wie zu erwarten war - mit der „komfortablen Mehrheit“ der Ziegler-Koalition und dem Motto „Augen zu und durch!“ die 15-Millionen-Auf-

tragsvergaben erneut beschlossen. Der Bürgermeister hat die gesetzliche Wochenfrist tatenlos verstreichen lassen und die erneuten Beschlüsse über die „Millionen-Auftragsvergabe“ aufgrund seiner Einschätzung, dass keine eindeutige Rechtsverletzung vorliegt, nicht beanstandet.

Damit haben die Ziegler-Leute (zumindest vorerst) gewonnen und die Einwohner dürfen sich auf eine Rekorderhöhung der Abwassergebühren freuen.

Unsere Frage, ob der Bürgermeister von der gesetzlichen Möglichkeit der

Beanstandung Gebrauch machen wird, ist damit beantwortet. Die Gelegenheit, das Zustandekommen einer 50-Millionen-Planung gerichtlich prüfen zu lassen und so zumindest den Versuch unternehmen, den Einwohnern von Mörfelden-Walldorf Abwassergebühren von ca. 5,- € und mehr pro Kubikmeter (= 400,- € im Jahr für einen 4-Personen-Haushalt) zu ersparen, hat er mit dem Hinweis auf eine „demokratisch getroffene Mehrheitsentscheidung“ leider ausgelassen.

Viele seiner Wählerinnen und Wähler haben sicher mehr erwartet.

Die Einwohner der Stadt dürfen sich auf eine Gebührenerhöhung auf 5,- € / m³ freuen.

Presseerklärung der „Bürgerinitiative Kläranlage Mörfelden-Walldorf“

In einer Erklärung der BI heißt es u.a.: Am 3. November 2020 beschloss die Stadtverordnetenversammlung Auftragsvergaben von über 15 Millionen Euro für Ausbau und Erweiterung der Kläranlage Mörfelden. ... Der Widerspruch, den Bürgermeister Thomas Winkler gegen diese Vergaben eingelegt hatte, wurde mit der Mehrheit der Koalition aus Freien Wählern, SPD und FDP aufgehoben. Damit wurden die Weichen für eine Luxuskläranlage nach dem Willen des 1. Stadtrates Burkhard Ziegler gestellt.

Die Einwohner der Stadt dürfen sich auf eine Gebührenerhöhung auf EUR 5.00 pro Kubikmeter Abwasser freuen. (Zum Vergleich: in Rüsselsheim zahlt man EUR 1,82/cbm). Bürgermeister Thomas Winkler hätte nun nach § 63 (2) der hessischen Gemeindeordnung die Möglichkeit gehabt, diesen Vergabebeschluss zu beanstanden. Diese Beanstandung hätte aufschiebende Wirkung gehabt. Sie hätte die Möglichkeit eröffnet, die verschwenderische Millionenplanung noch einmal durch eine unabhängige Einrichtung überprüfen zu lassen und Einsparmöglichkeiten festzustellen. Die endgültige Entscheidung hätte dann das Verwaltungsgericht treffen müssen. Es gab genügend bestätigte Hinweise auf Fehlplanungen, auf Überdimensionierung, auf Berechnungsfehler ...

beim Zustandekommen der Planung und der Ausschreibungen, die eine solche Beanstandung gerechtfertigt hätten. Und nicht zuletzt gab es das öffentliche Eingeständnis der Ziegler-Leute, dass die Bemessungsgröße der Anlage (56.000 Einwohnerwerte) auf Wunschenken beruht, nämlich auf einer von ihnen erhofften erheblichen Erhöhung der Einwohnerzahl von Mörfelden-Walldorf durch Ausweisung von neuen Baugebieten (wie z.B. Walldorf Süd-Ost und Seegewann).

Diese Möglichkeit steht jedoch in den Sternen, weil sie dem Regionalplan und der Umweltgesetzgebung widerspricht und überdies von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wird. Viele derjenigen, die Bürgermeister Thomas Winkler seit seiner Wahl unterstützt hatten, wurden jedoch bitter enttäuscht: bis heute, nach Ablauf der von der HGO vorgesehenen Wochenfrist, hat er keine Beanstandung eingelegt.

Es scheint, dass es einigen seiner Ratgeber in der Partei „Bündnis 90/Die Grünen“ gar nicht darauf ankommt, der Bevölkerung eine massive Gebührenerhöhung zu ersparen. ...

Wenn Thomas Winkler auf diese Kräfte hört, anstatt auf die Menschen, die ihn zum Bürgermeister gewählt haben, dann wäre das mehr als schade.

Jürgen Hardt, Rheinstraße 16



Nachdenken und handeln

„Nachdenken über den Kapitalismus“, solche Sätze hört man jetzt öfter. Viele, die jetzt „nachdenken“, wollen den Kapitalismus verbessern. Das wird nicht gelingen. Der Kapitalismus wird die Welt zerstören. Wir müssen daran arbeiten, dass dieses System Geschichte wird.

Das Vermögen der Milliardäre steigt auf ein Rekordhoch. Die wirtschaftlichen Trends der vergangenen drei Jahrzehnte haben dazu geführt, dass es den Kapitalbesitzern immer besser geht und sich die kleinen Einkommensempfänger immer mehr strecken müssen. Corona hat die Entwicklung noch einmal verschärft: Die Milliardäre im Land sind seit Beginn der Pandemie noch reicher geworden. Das ist das Ergebnis der Milliardärs-Studie der Schweizer Großbank UBS, die veröffentlicht wurde.

Hier kann man lesen: Das Gesamtvermögen der 2.000 Dollar-Milliardäre ist weltweit bis Ende Juli auf den Rekordwert von rund 10,2 Billionen US-Dollar (8,7 Billionen Euro) gestiegen - mehr als doppelt soviel, wie die gesamte Wirtschaftsleistung

der BRD. In Deutschland stieg das Nettovermögen der Oligarchen nach einem Einbruch zu Beginn der Coronapandemie bis Ende Juli auf 594,9 Milliarden US-Dollar.

Der UBS-Bericht zeigt, dass die Coronakrise die Spaltung in der Gesellschaft weiter verschärft. Was seit mehr als zwei Jahrzehnten an gesetzlichen Maßnahmen zugunsten der Reichen getroffen worden sei, setze sich im Kern fort.

Wo früher Steuersenkungen das zentrale Element waren, um die Reichen noch reicher zu machen, sind es jetzt umfangreiche Aufkaufaktionen der Notenbanken, die die Wertpapierkurse beflügeln und direkte Staatsbeihilfen für einzelne Konzerne.

Geld, das dem Wirtschaftskreislauf entzogen und mit dem auf den Finanzmärkten gezockt wird. Die vergangenen drei Monate waren mit einem Emissionsvolumen von insgesamt 95 Milliarden US-Dollar das für Spekulanten erfolgreichste dritte Quartal seit 20 Jahren.

Das ist halt der Kapitalismus. Man muss ihn überwinden.



Aktionstag „Abrüstung und Entspannungspolitik“

„Im Dezember steht die Verabschiedung des Bundeshaushaltes 2021 bevor. Nach aktuellen Planungen sollen die Ausgaben fürs Militär auf

über 50 Milliarden Euro steigen. Damit sind wir nicht einverstanden!

Die Verteidigungsministerin hat verkündet, dass sie nicht mit dem Verteidigungshaushalt einverstanden ist, aber natürlich aus einem ganz anderen Grund: Dieser sei „mehr als bescheiden“ und man müsse diesen auch in Zeiten von Corona „stärken“. Dies zeigt erneut, wie dringend wir aktiv werden müssen!

Deshalb bitten wir um Unterstützung für die auch in Frankfurt geplante Aktion am Samstag, 5. Dezember 2020 12 Uhr in Frankfurt, Paulsplatz, mit

600

X

blickpunkt

Das ist die 600. Ausgabe des „blickpunkt“. Wir sind schon ein wenig stolz über dieses Jubiläum. Manchmal werden wir gefragt: „Wie schafft ihr das?“ Herstellen, finanzieren, verteilen? Wir können es, weil wir viel Unterstützung haben.

Wir bedanken uns herzlich bei allen Helfern!

Wir bekommen Informationen und viele Spenden. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie uns aus konkretem Anlass erneut finanziell helfen, „über die Runden“ zu kommen.

Das blickpunkt-Spenden-Konto:

Kreissparkasse GG
IBAN
DE37508525530009003419

Manchmal ist es richtig informativ, in alten „blickpunkt“-Ausgaben zu blättern. Unsere Leserinnen und Leser können das auch, auf unserer Webseite:
www.dkp-mw.de/blickpunkt

anschließender Demonstration über die Zeil zur Kostablerwache (natürlich unter Corona-Bedingungen alles Mit Abstand und Mund-Nasen-Schutz).“

Aus dem Aufruf der Friedensinitiative.

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Gewerkschaftshaus,
Wilhelm-Leuschner-Str. 69

60329 Frankfurt am Main
Telefon: 069 24249950

Infos: www.frieden-und-zukunft.de

blickpunkt

Ausgabe 600

Sie haben gerade den 600. „blickpunkt“ in der Hand. Gefällt er? Auf dem Rathausplatz sagte uns ein Leser: „Das soll euch mal einer nachmachen!“

Von Fall zu Fall meinen es auch die politischen Konkurrenten: Der „blickpunkt“ ist die kleine Zeitung mit der großen Wirkung!

Oder wie es der verstorbene frühere Bürgermeister Bernhard Brehl ausdrückte: „Der ‚blickpunkt‘ ist eine Institution in unserer Stadt“.

Wir freuen uns über diese Meinungen, sagen aber auch, „einfach war es nie und es ist auch heute nicht einfach, monatlich eine solche Zeitung herzustellen, sie zu finanzieren und zu verteilen.“

Auf unserer Webseite (www.dkp-mw.de) sind alle Ausgaben seit 1969 zu sehen. Stadtgeschichte, die jeder erleben kann!

Wer die einzelnen Ausgaben am Bildschirm durchblättert, der merkt, wie rasant sich die Technik entwickelt

hat. Früher am Leuchttisch gebastelt - heute schneller, aktueller und genauer am Computer. Aber viel Arbeit ist es trotzdem.

Im Stadtteil Mörfelden wurde die „blickpunkt“-Idee geboren - aber auch in Walldorf wurden bis zum Januar 1990 175 eigene Ausgaben herausgegeben.

Es gab in den Jahren wenige Layoutänderungen - am Inhalt hat sich nichts geändert.

Der „blickpunkt“ bleibt die außerparlamentarische Begleitung der DKP/LL-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung unserer Stadt.

Wir berichten vor allem über Kommunalpolitik und die Zusammenhänge mit der „großen“ Politik.

Bei vielen Themen entwickelte sich eine Eigenständigkeit, kam es zu Bürgerinitiativen die Kommunalpolitik, in Schwung“ brachten.

Natürlich gibt es Leser, die Anhänger anderer Parteien sind, aber auch von ihnen kommt manchmal Anerkennung. Darüber freuen wir uns.

Seit 51 Jahren erscheint nun der „blickpunkt“ und kommt in fast jedes Haus. Wir drucken acht Seiten und monatlich 15.000 Exemplare. Finanziert wird die Zeitung u.a. durch unsere Mandatsträger, die ihre Sitzungsgelder dafür zur Verfügung



Die erste „blickpunkt“-Ausgabe

stellen. Aber wir erhalten auch viele Spenden von Leserinnen und Lesern - diese sind wichtig und herzlich willkommen. Ganz wichtig auch, es gibt viele Menschen die uns Fotos und Informationen geben und helfen, dass der „blickpunkt“ in die Briefkästen kommt. Ohne sie wäre alles nicht möglich. Danke!

Schon in der ersten Ausgabe schreiben wir: „In dieser Ausgabe sind Artikel abgedruckt von Bürgerinnen und Bürgern, die nicht der DKP angehören. So wollen wir es auch in Zukunft halten!“ Auf geht's!



Niemals vergessen Stilles Gedenken am 9. November

Die Aktion Toleranz organisiert seit dem Jahr 1993 in Mörfelden eine Gedenkveranstaltung zur Pogromnacht am 9. November 1938.

In diesem Jahr gab es aus bekannten Gründen keine große öffentliche Veranstaltung, aber ein vielfältiges stilles Gedenken. Schon am Vormittag

wurden von Bürgerinnen und Bürgern Blumen gebracht. Eine Familie mit ihren Kinder brachten weiße Rosen.

Die Mitglieder der Aktion Toleranz, Vertreter der Stadt, legten gemeinsam Blumen am Gedenkstein am Platz der ehemaligen Synagoge nieder. Die Teilnehmer standen weit auseinander und doch zusammen um an die Opfer zu denken.

Wenige Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt erinnern sich noch persönlich an dieses furchtbare Datum als die Synagogen brannten und die massenhafte Verfolgung und Ermordung jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger und vieler anderer politisch oder sonst nicht in das nationalsozialistische Weltbild passender Bevölkerungsgruppen begann. Beispielhaft erinnere man sich am Gedenkstein an das Mädchen Anne Frank. Geboren in Frankfurt am 12. Juni 1929, ermordet im Februar 1945 im KZ Bergen-Belsen. Errinnert wurde an das kleine Mädchen Ilse Mainzer. Geboren in Mörfelden am 2. Februar 1928, ermordet im KZ Piaski. Sie waren fast im gleichen Alter. Die Erinnerungsarbeit an den millionenfachen Mord ist unverzichtbar gerade in unserer Zeit die durch wieder auflebenden Antisemitismus und Rechtsextremismus gekennzeichnet ist. Niewieder Faschismus und Krieg!

Initiativen der DKP/Linke Liste Stadtverordnetenfraktion

(Gekürzt)

ANFRAGE

Sperrung des Pfarrgäßchens in der Mörfelder Altstadt

Seit Mitte April ist das Pfarrgäßchen in der Mörfelder Altstadt wegen baulicher Mängel an einer Scheune komplett gesperrt.

Eine verfügte Sicherungsanordnung durch die Bauaufsicht bis Ende September sollte die baldige Aufhebung der Sperrung des Mörfelder Pfarrgäßchens ermöglichen.

Mitte Oktober waren die eingeleiteten Sicherungsarbeiten an dem Gebäude abgeschlossen.

Bis zum heutigen Tag jedoch ist die Sperrung nicht aufgehoben und der Durchgang von der Langgasse in die Altstadt und umgekehrt nach wie vor verboten.

Das stößt bei Anwohnern und Anliegern der Altstadt zunehmend auf Ärger und Unverständnis.

Das Pfarrgäßchen wird nicht nur von den Anwohnern genutzt, es ist ein beliebter Weg für alle Menschen, die im Altstadtkern Mörfeldens leben und hier unterwegs sind.

Wir fragen den Magistrat:

Was sind die Ursachen für die andauernde Sperrung des Pfarrgäßchens nach Abschluss der Sicherungsarbeiten an dem Gebäude?

Warum wurde die Sperrung noch nicht aufgehoben?

Wann ist mit der Aufhebung der Sperrung zu rechnen bzw. wann wird der Durchgang endlich wieder freigegeben?

ANFRAGE

Baustelle und einseitige Straßensperrung in der Mörfelder Langgasse

Seit Anfang des Jahres sorgt eine Baustelle in der Mörfelder Langgasse für Staus, gefährliche Situationen im

Straßenverkehr, Unverständnis und zunehmenden Ärger bei Anwohnern und Verkehrsteilnehmern.

Das Haus in der Langgasse 1 wird seit März mit neuen Ziegeln gedeckt. Bedingt dadurch ist die Straße in einem Teilabschnitt lediglich einseitig befahrbar. Zu gefährlichen Situationen und längeren Staus kommt es, wenn Fahrzeuge aus der querenden Gerauer Straße (B 44) einbiegen oder aus der Langgasse herausfahren wollen. ... Aus dem Ordnungsamt ist zu hören, dass die Baumaßnahmen schon längst abgeschlossen sein sollten. Nach Verzögerungen wurde im Sommer die halbseitige Sperrung um vier Wochen verlängert. „Bis Ende August soll auf jeden Fall Schluss sein“. So wird die Leiterin des Ordnungsamtes, zitiert. Jetzt geht es auf die Adventszeit zu und die Absperrung ist immer noch vorhanden.

Wir fragen den Magistrat:

Was sind die Ursachen für die weitere Verzögerung der Maßnahme?

Wie lange ist die einseitige Sperrung der Langgasse diesmal genehmigt und werden dem Verursacher dafür Kosten in Rechnung gestellt?

Wann ist mit dem Ende der Absperrmaßnahmen zu rechnen und wann ist die Langgasse in diesem Bereich wieder beidseitig befahrbar?



Die SPD besucht die lobenswerte junge Bäuerin, Frau Schreier, die an den Eichen biologischen Landbau betreibt. Das ist schön. Darüber könnte man fast vergessen, daß die Sozialdemokraten und ihre Koalitionspartner die Kleingärten im See planieren wollen und im Walldorfer Südosten ein großes Gebiet, auf dem ein Wald entstanden ist bzw. Landwirtschaft gedeiht. Treiben sie vor der Kommunalwahl Imagepflege, weil sie, wie gemunkelt wird, eine riesige Aldi-Halle von 30 Metern Höhe auf zwei Hektar Grundfläche an die B486 planen? Eine junge hoffnungsfrohe Ökobäuerin kommt natürlich besser an, als „Fraport-Casa“, das die Verwertung von weiteren etlichen Hektar östlich des Gewerbegebietes Ost verplanen soll. Der Koalitionspartner der SPD, die „Freien Wähler“, sagt offen, daß die Stadt immens weiter wachsen soll. Man fragt sich, ob ihnen entgangen ist, wie ernst die Lage ist? Haben die sich den Wald angeschaut, der am Verdursten ist, die Bäche, die noch immer kein Wasser führen? Haben sie die Wetterkapriolen nicht wahrgenommen, die verheerende Stürme mitbringen?

Der Permafrostboden in Sibirien schmilzt, die Polkappen schmelzen in rasender Geschwindigkeit. Kalifornien brennt. Und Kommunalpolitiker setzen blindlings auf noch schnelleres Wachstum, als wäre der Klimawandel ein Spaßchen. Neben der Autobahn wird für die ICE-Trasse weiterer Wald vernichtet. Da bräuchten wir dringend Ausgleichflächen! ... Unsere Stadt muß nicht immer weiter wachsen. Unsere Kinder brauchen mehr als eine Rutsche und eine Schaukel. Sie brauchen Licht und Luft, Bäume, Bäche, Natur! Und vor allem: eine Zukunft! ... Die Kunst bei der Gestaltung eines Gemeindefreizeitraumes liegt im schützen vorhandener Freifläche. Jede Gemeinde verfügt über vorhandene, bereits versiegelte Nutzungsreserven. Die Kunst und die gemeinsame Anstrengung ist es, Neuversiegelung zu verhindern. Siedlungsverdichtung des gewerblich genutzten Raumes. Natürliche Ökologie braucht ihren Raum und darf nicht mit marktwirtschaftlichen Kriterien bemessen werden. Herbert Arndt, Mainstrasse 61



Der neue Alltag an der Bertha-von-Suttner- Schule



Während wir seit Beginn der Coronapandemie viel über die Rettung großer Wirtschaftskonzerne lesen und die Beschäftigten in ganz Deutschland in den Tarifverhandlungen über den Tisch gezogen werden, wurde ein Bereich unseres täglichen Lebens oft nur am Rande erwähnt. Wie begegnen wir der Pandemie an unseren Schulen? Zugegeben, es wurde viel über Onlineunterricht gesprochen und so riefen viele Optimisten im Frühjahr: „endlich erreicht die Digitalisierung unsere Schulen“. Schnell wurde allerdings klar, dass es außer undurchdachten Konzepten der Bildungsministerien inkl. einer totalen Überlastung vieler Lehrer*innen und einer täglichen E-Mail-Flut für die Schüler*innen keine bahnbrechenden Innovationen gab. Im Gegenteil. Sobald der Unterricht über den heimischen PC laufen sollte, wurde

klar, wie weit die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland eigentlich auseinander geht.

Viele Schüler*innen haben keinen eigenen PC oder Laptop und können nur zeitweise den der Eltern verwenden. Was im Onlineunterricht, mangels Zeit, nicht vermittelt werden konnte, fiel noch stärker auf die Eltern zurück, als es schon vor der Krise der Fall war. Die Bildung der Kinder war also noch mehr von der Möglichkeit der Eltern abhängig ihnen selbst zu helfen oder teure Nachhilfe bezahlen zu können.

Das Wechselmodell Stufe 3

An der Bertha wird seit dem 9. November 2020 das sogenannte „Wechselmodell Stufe 3“ durchgeführt.

Dieses Modell beinhaltet eine Mischung aus Präsenz- und Onlineunterricht, sowie die Aufteilung von Klassen in A und B Gruppen. Die Schüler*innen haben zwar weiterhin Unterricht nach Plan, jedoch nur jeden zweiten Tag in Präsenz. Während die eine Gruppe in der Schule ist, versucht die andere Gruppe, den Unterricht online zu verfolgen. Wir sprachen darüber mit zwei Schülerinnen der BvS. Diese berichteten uns vom Laufenplan und den Punkten, an welchen die einzelnen Klassen auf dem Schulhof während ihrer Pausen stehen müssen, damit sie keinen Kontakt mit Schüler*innen anderer Klassen haben. Sie berichteten uns, wie sie im Klassenraum jetzt schon

frieren, weil diese, trotz Halbierung der Klassen, ständig gelüftet werden, da sonst eine zu große Ansteckungsgefahr besteht. Zudem sitzen die Schüler*innen einzeln an festen Plätzen und dürfen sich nicht im Klassenraum bewegen. Mit der Einführung des Wechselmodells gibt es nun vorgeschriebene Maskenpausen von zehn Minuten, in solchen Pausen gehen die Schüler*innen mit den Lehrer*innen klassenweise auf den Pausenhof und dürfen, mit ausreichend Abstand, die Masken abnehmen. Diese sollen nach 40-60 Minuten des Unterrichts durchgeführt werden, jedoch halten sich Lehrer*innen oft leider nicht an die Angaben und gehen entweder gar nicht oder nur sehr kurz auf den Hof. Vor allem aber sagten sie uns, wie halbherzig viele der Maßnahmen umgesetzt werden. So halten sich große Teile der Schüler*innenschaft nicht an die Regeln und die Lehrer*innen sind nicht in der Lage, diese mit Nachdruck durchzusetzen. Ebenfalls wurde uns von dem, zum Teil, undurchdachten Onlineunterricht berichtet, der auf der Plattform „Microsoft Teams“ stattfindet. Die geplanten Live-Schaltungen können größtenteils nicht stattfinden, da es mit der Internetverbindung der Schule häufig zu Problemen kommt.

Wir sagen:

Das kommt eben dabei raus, wenn völlig realitätsferne Konzepte umgesetzt werden müssen, wenn es statt staatlicher Hilfe in Form von Luftfiltern oder CO₂-Messgeräten in den Klassenräumen nur warme Worte gibt. Die Lehrer*innen trifft hier keine Schuld. Sie sehen sich der Mammutaufgabe gegenüber, gleichzeitig für die Gesundheit und die Bildung der Jugend an vorderster Front kämpfen zu müssen, immer mit der Angst im Hinterkopf, selbst krank zu werden oder ihre Familien zu infizieren.

Tim & Marie

Ihr wollt uns berichten was an der Bertha-von-Suttner-Schule schief läuft? Schreibt uns auf Facebook, Instagram oder per Mail.

INFOS



dkp-mw.de



youtube.com/sdajtv



Instagram.com/dkpmoewa



facebook.com/DKPLinkeListe



KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG

„Etwa 15 Prozent der Covid-19-Toten gehen aufs Konto der Luftverschmutzung“

Im „Spiegel“ gibt es ein Interview von Franziska Draeger, „Demenz, Parkinson, Schlaganfall - und jetzt auch noch das Coronavirus. Hier erklärt der Arzt Thomas Münzel, wie winzige Partikel aus der Umwelt die Gesundheit gefährden.

Münzel: Es gibt immer mehr Hinweise darauf, dass Demenz, Parkinson, Schlaganfälle, Epilepsie und Migräne mit der Belastung durch Feinstaub zu tun haben. Studien in Kanada, Großbritannien, Taiwan und den USA haben gezeigt, dass Menschen, die in Gebieten mit größerer Luftverschmutzung leben, ein drei- bis fünfmal so hohes Risiko haben, an Demenz zu erkranken wie Menschen anderswo. In der Nähe von Mexiko-Stadt, wo sehr hohe Feinstaubkonzentrationen in der Luft sind, wurden sogar bei Kindern schon erste Ab-

gerungen im Gehirn gefunden, die Alzheimer-Plaques ähneln.

In Tiermodellen konnte gut nachgewiesen werden: Kleinste Verschmutzungspartikel gelangen etwa ins Gehirn und befeuern dort die Bildung sogenannter freier Radikaler und dadurch können neurodegenerative Erkrankungen entstehen. Feinstaub stört auch das Gleichgewicht des Stickstoffmonoxids, eines wichtigen Botenstoffs im Gehirn. Auf diese Weise werden ganz akut Lern- und Gedächtnisprozesse beeinträchtigt. Nicht zuletzt führt Feinstaub im Gehirn dazu, dass Immunzellen aktiviert und dorthin gelockt werden. Eine regelrechte Entzündungsarmee wird in Marsch gesetzt.

SPIEGEL: Bleiben schädliche Stoffe aus der Luft denn nicht in der Blut-Hirn-Schranke hängen?

Münzel: Für kleinste Partikel gilt dies leider nicht. Wenn wir sie über die Nase einatmen, gelangen sie über den Riechnerv in jenes Hirnareal, wo Gerüche verarbeitet werden. Von dort aus dringen sie in benachbarte Regionen. Diesen Weg nimmt der Ultrafeinstaub, der einen Durchmesser von höchstens 0,1 Mikrometer hat - ungefähr die Größenordnung von Viren. Etwas größere Partikel - Durchmesser bis 2,5 Mikrometer - sind zwar zu groß für den Riechnerv, aber noch klein genug, um über die Lunge ins Blut zu wandern. Sie passieren von dort aus die Blut-Hirn-Schranke und reichern sich im Gehirn an.

Gase wie Schwefel- und Stickstoffdioxid haben wohl eher eine Nebenrolle. Wir gehen davon aus, dass der Feinstaub die Hauptrolle spielt, zumal er andere Stoffe huckepack nehmen kann. Er besteht vor allem aus Kohlenstoffteilchen und auf der Oberfläche dieser Partikel können Metalle wie Aluminium, Sulfate, Nitrate, Endotoxine oder auch reaktive Aldehyde oder sogar Viren haften.

Thomas Münzel leitet das Zentrum für Kardiologie der Universitätsmedizin in Mainz und erforscht, welche Auswirkungen Luftverschmutzung sowie Lärm auf den menschlichen Körper haben. Er hat mehrmals auf den Kundgebungen der Flughafenausbaugesegner im Terminal 1 des Flughafens gesprochen.

Hier kann man den Artikel lesen:

<https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/coronavirus-ungefaehr-15-prozent-der-covid-19-todesfaelle-gehen-aufs-konto-der-luftverschmutzung-a-64ca9b5d-d6e2-4f7b-8eee-6dfbad6f0755>



VVN-BdA und DKP bei der Blockade

Wasserwerfer gegen die Gegendemonstration

„Querdenker“-Demonstration in Frankfurt. Viele ohne Maske verstossen gegen die Corona-Regeln. Bei einer Gegendemo setzte die Polizei Wasserwerfer ein, obwohl diese diese Regeln einhielten. Um also jene zu schützen, die sich offensichtlich falsch und gesundheitsgefährdend verhalten, übt die Ordnungsmacht Gewalt aus gegen jene, die für das Vernünftige eintreten. Statt kompromisslos die Masken und den Abstand durchzusetzen oder alles sofort zu stoppen, werden Leute weggesprüht und weggestoßen, die ihren Mund-Nasen-Schutz tragen.

Beiden Blockaden anwesende Antifaschisten berichteten uns nach der Demo vom Auftreten der Polizei. Am Goetheplatz, wurde sich dann so offen und absichtlich nicht an die Auflagen gehalten, dass die Polizei sich derart unter Druck gesetzt sah, dass sie die Kundgebung auflöste. Den rechtsoffenen Ansatz der Querdenker, die mit organisierten Neonazis, Virus- und Klimawandelleugnern zusammen demonstrieren, lehnen wir entschieden ab.

Gratulation!

Die OMAS wurden ausgezeichnet

Der Zentralrat der Juden in Deutschland verleiht in diesem Jahr den Paul-Spiegel-Preis für Zivilcourage an die bundesweite Initiative „Omas gegen rechts“. Damit werden neben dem Engagement älterer Menschen für Demokratie und Menschenrechte auch der Mut der Aktivistinnen und Aktivisten gewürdigt.

www.omasgegenrechts.de



Es war an einem Sonntag im Dezember 1975. Vor dem Mörfelder Rathaus fand der Weihnachtsmarkt statt. Elmo Jungmann, 2. v. l., in jungen Jahren Fußballer der SKV, betrieb ein Geschäft für Raumausstattung in der Westendstraße Nr. 3. Es lag nahe, dass er seinen Laden öffnete. So trafen sich zufällig vier bekannte Mörfelder und führten „ernste“ Gespräche.



Links steht der Spenglermeister und frühere aktive Kegler Fritz Steitz (1911-1989). Er hatte ein Geschäft für Heizung und Installation, in der Westendstraße Nr. 5, in dem es auch Spiel- und Haushaltsgeräte gab. Ganz rechts steht der bekannte Friseurmeister Georg Küchler (1914-1988), in Mörfelden auch „Bärwel-Schorsch“ genannt. Er begann in den 1930er Jahren mit einem kleinen Lädchen in der Weingartenstraße, zog dann um in die Langener Straße. Dort betrieb er zum Schluss mit seinem Sohn den größten Herren- und Damen-Friseursalons unserer Stadt. Georg Küchler war von Anfang an mit der SKV sehr verbunden. Er war lange Zeit Spieler bei den „Alte-Herren Fußballern“ und aktiv bei den Keglern. Unterm Arm trägt er eine unserer frühen Mappen mit Bildern „Mörfelden gestern“.

Als zweiter von rechts steht der über die Stadtgrenzen hinaus bekannte, immer bescheidene und hilfsbereite Artur Siegel. Er war Kommunist und aktiver Gewerkschafter, bekannt und beliebt, weil er sich immer für seine Mitmenschen einsetzte. Er war viele Jahre Stadtverordneter, Vorsitzender des DGB-Ortskartells, Vorsitzender des Volkshausvereins und der Freireligiösen Gemeinde. An seinem Arbeitsplatz im Frankfurter Palmengarten wurde er fast 30 Jahre lang zum Personalratsvorsitzenden gewählt. Er war im Gesamtpersonalrat der Stadt Frankfurt und in der ÖTV-Tarifkommission. Als Sportler war er in jungen Jahren aktiver Handballer der SKV.

Hinweis: Viele Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden können wegen der Corona-Pandemie nicht stattfinden.

Unser Lexikon



*Allen unseren Leserinnen
und Lesern
wünschen wir trotz alledem
schöne Festtage und ein
gesundes neues Jahr!*

*DKP Mörfelden-Walldorf und
das „blickpunkt“-Kollektiv*

Schbrisch

Deer
iss merr so lieb
wie Leibweh.